



Amts-Blatt der Stadt Wiesbaden

und amtliches Publikationsorgan der Gemeinden: Schierstein, Sonnenberg, Rambach, Naurod, Fraunstein, Wambach u. v. a.
Tägliche Beilage zum Wiesbadener General-Anzeiger.

27. Jahrgang.

Freitag, 18. Oktober 1912.

Nr. 245.

Auf Grund der Beschlüsse der Stadtverordneten vom 19. Januar 1912 Nr. 29 und 6. September 1912 Nr. 411 wird für die Feuerbestattungsanlage der Stadt Wiesbaden nachstehende Gebrauchs- und Gebührenordnung erlassen.

A. Gebrauchs-Ordnung.

I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1.

Die Feuerbestattung einer Leiche darf nur erfolgen, wenn allen gesetzlichen Vorschriften genügt ist und wenn mindestens 24 Stunden vor der Verbrennung die Genehmigung des kgl. Polizeipräsidenten zu Wiesbaden hierzu eingeholt ist. In dem Genehmigungsgehefte sind folgende Belege erforderlich:

1. die amtliche Sterbeurkunde;

2. die amtliche Bescheinigung über die Todesursache.

Diese amtliche Bescheinigung, zu welcher derjenige Beamtete Arzt (Kreisarzt) zuständig ist, in dessen Amtsbezirk sich die Leiche zur Zeit der Anforderung der Bescheinigung befindet, ist auf Grund der Leichenschau auszustellen, bei welcher die besonderen gesetzlichen Vorschriften (siehe Ausführungsbestimmungen vom 20. September 1911 zum Feuerbestattungsgehefte vom 14. September 1911) zu beachten sind und muß die Erklärung enthalten, daß ein Verdacht, der Tod sei durch eine strafbare Handlung herbeigeführt worden, sich nicht ergeben habe.

War der Verstorbene in der dem Tode unmittelbar vorausgegangenen Krankheit ärztlich behandelt worden, so ist der behandelnde Arzt zu der Leichenschau zuzuziehen und sein Gutachten über die Todesursache in die Bescheinigung aufzunehmen.

War der zuständige beamtete Arzt zugleich der behandelnde Arzt, so ist die Bescheinigung von einem anderen beamteten Arzt auszustellen.

Vor der Erteilung der Bescheinigung ist die Leichenschau vorzunehmen, wenn einer der beteiligten Ärzte sie zur Feststellung der Todesursache für erforderlich hält.

3. der Nachweis, daß der Verstorbene die Feuerbestattung seiner Leiche angeordnet hat.

Dieser Nachweis kann erbracht werden:

a) durch eine letztwillige Verfügung des Verstorbenen in der gesetzlich vorgeschriebenen Form.

b) durch eine mündliche Erklärung des Verstorbenen, die von einer zur Führung eines öffentlichen Siegelbuchs berechtigten Person als in ihrer Gegenwart abgegeben beurkundet ist.

Die Anordnung ist nur wirksam, wenn der Verstorbene sie nach vollendetem 16. Lebensjahre getroffen hat, sie kann nicht durch einen Vertreter getroffen werden. Stand jedoch der Verstorbene unter elterlicher Gewalt und hatte er nicht das 16. Lebensjahr vollendet, so tritt der Antrag des Inhabers der elterlichen Gewalt (§§ 1696/1704 B. G. B.) an die Stelle der Anordnung.

4. Die Bescheinigung der Ortspolizeibehörde des Sterbortes oder des letzten Wohnortes des Verstorbenen, bei Todesfällen auf hoher See von dem Schiffsführer oder dessen Stellvertreter und von der Polizei des Eingangsaborts, bei solchen auf Schiffen und Flößen der Binnenwasserfahrt von der Polizeibehörde der nächsten Anlegestelle, daß keine Bedenken gegen die Feuerbestattung bestehen, daß insbesondere ein Verdacht, der Tod sei durch eine strafbare Handlung herbeigeführt worden, nicht vorliegt.

II. Beschaffenheit der Särge und Einbettung der Leichen.

§ 2.

Die Leichen sind in dem Sarge einzuwickeln, in dem sie zur Verbrennungshütte gelangen. Die Särge müssen aus dünnem, weichen, nicht mehr als 20 Millimeter hartem Holz oder aus Zinkblech gefertigt (im letzteren Falle mit 2 Handgriffen aus demselben Metall versehen) und dürfen weder ausgepicht noch angestrichen oder lackiert sein, auch keine Eisen- und Bronzeteile weder zur Verbindung noch zur Verzierung enthalten. Die Fugen sind mit Schellack, Peim oder ähnlichen Stoffen oder mit Kitt zu schließen.

Die Särge dürfen folgende Maße nicht überschreiten:

Länge . . . 2,25 Meter,

Breite . . . 0,75 Meter

Höhe . . . 0,65 Meter

Zulässig ist es, während der Trauerfeier den Sarg in einem Ueberfarg (Prunkfarg), der von der Verwaltung gegen eine Gebühr (siehe Gebührenordnung § 2) gestellt wird, zu bergen.

§ 3.

Die Leichen in den Särgen dürfen nur auf Säge- oder Hobelwolle oder Holzwolle gebettet und mit naturfarbenen Leinen- oder Baumwollstoffen bekleidet sein. Etwa in den Sarg hineinzulegende Äpfel dürfen weder poliert noch geölt oder mit Wachs bestrichen und sind mit den gleichen Stoffen zu belegen, mit denen die Leiche bekleidet werden darf.

§ 4.

Die Kontrolle hinsichtlich der Beschaffenheit und des Inhaltes der Särge erfolgt nicht in der Einäscherungsanlage, sondern muß dort bewirkt werden, wo die Einäscherung stattfindet.

Die Leiche wird durch den zuständigen beamteten Arzt oder durch einen amtlich bestellten Leichenbeschauer vorzunehmen, welcher eine amtliche Bescheinigung darüber auszustellen hat, daß die Einäscherung den Vorschriften der Gebrauchsordnung entsprechend erfolgt ist.

Diese Bescheinigung, zu der das in der Anlage angegebene Formular zu verwenden ist, muß der Ortspolizeibehörde des Verbrennungsortes zur Kenntnisnahme und Abstempelung vorgelegt und der Verwaltung der Feuerbestattungsanlage eingereicht werden.

III. Einäscherung der Leichen.

§ 5.

In jeder Einäscherungskammer darf jeweilig nur eine Leiche eingeäschert werden; ferner ist an dem Sarge vor dessen Einbringen in den Verbrennungsofen ein durch die Leiche nicht zerstörbares Schild aus genügend hartem feuerfestem Ton anzubringen, auf welchem die Nummer des Einäscherungsregisters (siehe § 7), unter der die Einäscherung erfolgt, deutlich eingeschlagen sein muß.

§ 6.

Während des Feuerbestattungsvorganges dürfen sich außer den mit der Ausführung und Ueberwachung beauftragten Personen nur die erwachsenen nächsten Angehörigen des Verstorbenen im Raum der Verbrennungshütte aufhalten. Andere Personen bedürfen hierzu außer der Genehmigung der Bestattungspflichtigen eines besonderen schriftlichen Erlaubnisheimes.

Dem Verbrennungsakte selbst dürfen außer dem oben genannten Dienstpersonal nur die berufenen Sanitätsbeamten beiwohnen. Andere Personen bedürfen, falls sie ein berechtigtes Interesse an dem Verbrennungsakte nachweisen können, gleichfalls eines besonderen schriftlichen, von der Friedhofs-Deputation auszustellenden Erlaubnisheimes.

IV. Einäscherungsregisterführung.

§ 7.

Über die einzelnen Feuerbestattungen, die Ueberlassung von Beisetzungsstätten und die Beisetzung der Aschenüberreste sind von der Verwaltung Register zu führen, welche folgende Punkte enthalten müssen:

1. Laufende Nummer;

2. Vor- und Name des Verstorbenen;

3. Stand des Verstorbenen;

4. Geburtsort;

5. Geburtsort;

6. Todesort;

7. Todesort;

8. Letzter Wohnort;

9. Todesursache;

10. Tag der Verbrennung;

11. Nummer des Sarges;

12. Verbleib des Aschenbehälters.

V. Behandlung und Beisetzung der Aschenreste.

§ 8.

a) Die Aschenreste sind nach den Nummern, die gemäß der Vorschriften des Gesetzes (siehe § 7 dieser Gebrauchsordnung) den in den Verbrennungsofen zu bringenden Särge aus einem Tonstempel anzuhängen sind, streng getrennt zu halten, nachdem sie unter Anwendung von nur für diesen Zweck bestimmten und zu verwendenden Geräten sorgfältig aus dem Ofen entfernt worden sind.

b) Unmittelbar nach der Abkühlung sind die Aschenreste mit dem Tonstempel in einem hinreichend großen, widerstandsfähigen, luft- und wasserdichten Metallbehälter zu sammeln.

c) Der Deckel des Behälters, der auch mit einem Schraubengewinde versehen sein kann, muß in den unteren Teil dicht schließend eingreifen. Die Trennfuge ist nach Schließung des Deckels zu versichern. Der Deckel ist mit einem vor der Benutzung sicher auszubildenden haltbaren Kupferstempel zu versehen, auf welchem in deutlicher vertiefter Schrift — durch Einschlagen — nachstehende Angaben anzubringen sind:

Die mit dem Einäscherungsregister und dem

Tonstempel in der Asche übereinstimmende Einäscherungsnummer;

Vor- und Name, sowie Stand des Verstorbenen;

Ort, Tag und Jahr seiner Geburt;

Ort, Tag und Jahr seines Todes und Tag der Einäscherung.

Aschenreste von verbrannten Leichen dürfen nur in einer Urnenhalle, einem Urnengrab oder in einer anderen, aber behördlich genehmigten Bestattungsanlage beigesetzt werden. Die Beisetzung hat in einer dem Bestattungsbegriff entsprechenden Weise zu erfolgen. Die Ausbändigung der Aschenreste an die Angehörigen kann daher auch nur zum Zwecke der ordnungsmäßigen Beisetzung an einem behördlich genehmigten Bestattungsorte gestattet werden. Hierüber ist ein glaubhafter Nachweis zu erbringen. Gegebenenfalls hat die Verwaltung durch die Verwaltung der Feuerbestattungsanlage an die Verwaltung der betreffenden Bestattungsanlage direkt zu erfolgen.

§ 10.

Die Ausbändigung der Aschenreste an die Bestattungspflichtigen geschieht im allgemeinen am Tage nach der Einäscherung. Können Aschenreste nicht sofort beigesetzt werden, so werden dieselben von der Friedhofsverwaltung bis zwei Wochen nach der Einäscherung kostenlos aufbewahrt; für jede fernere Woche sind jedoch besondere Gebühren zu entrichten (siehe Gebührenordnung § 3).

§ 11.

In einem Urnengrab ist nur die Beisetzung von Aschenresten gestattet.

Für ein einzelnes Urnengrab — außerhalb der Urnenhalle — wird folgendes Mindestmaß (Normalgröße) festgesetzt:

1,20 Meter lang und 0,75 Meter breit (= 0,90 Quadratmeter).

Die Größe der Urnenkaufgrabstellen kann jedoch ein Vielfaches dieser Normalgröße betragen.

(S. B. ein doppeltes Kaufgrab 1,50 x 1,20 m (1,80 qm);

„ dreifaches „ 1,80 x 1,50 „ (2,70 „);

„ vierfaches „ 2,40 x 1,50 „ (3,60 „).

§ 12.

Aschenreste können sowohl in besonderen Urnengrabstellen (Reihengräbern, Gänggräbern, Plätzen in der Urnenhalle) als auch in gewöhnlichen Reihengräbern und Kaufgrabstellen — unbeschadet der Erdbestattung in beiden letzteren — beigesetzt werden.

§ 13.

In jedem Urnengrab von normaler Größe — außerhalb der Urnenhalle — können 3 Aschenreste — jedoch nur einer oberirdisch — beigesetzt werden.

Die Anzahl der Beisetzungen erhöht sich jedoch im Verhältnis zur Größe des Urnengrabs. (So können in einem Urnengrab:

doppelter Größe 6 Aschenreste [2 hiervon oberirdisch];

dreifacher „ 9 „ [3 „ „ „];

vierfacher „ 12 „ [4 „ „ „];

beigesetzt werden.)

§ 14.

In jedem gewöhnlichen Reihengrab dürfen außer einer Leiche (Erdbestattung) noch drei Aschenreste — jedoch nur einer oberirdisch — Platz finden.

Wird auf die Erdbestattung verzichtet, so können 3 Aschenreste — 3 hiervon oberirdisch — beigesetzt werden.

§ 15.

In jeder gewöhnlichen Kaufgrabstelle dürfen außer einer Leiche (Erdbestattung) noch 4 Aschenreste — 2 hiervon oberirdisch — Platz finden.

Wird auf die Erdbestattung verzichtet, so können 12 Aschenreste — 4 hiervon oberirdisch — beigesetzt werden.

§ 16.

Die Anbringung von Grabinschriften (aus Stein, Eisen oder dergleichen) ist bei Urnengräbern im allgemeinen nicht gestattet. Bei besonders großen Grabstellen kann die Genehmigung zur Anbringung von niedrigen Gittern usw. durch die Friedhofs-Deputation erteilt werden.

Die Errichtung von Denksteinen ist in jedem einzelnen Falle von der Genehmigung der Friedhofs-Deputation abhängig (siehe § 16 der Friedhofs-Ordnung vom 20. Mai 1908).

§ 17.

Die in den §§ 13 und 14 der Friedhofs-Ordnung vom 20. Mai 1908 enthaltenen Bestimmungen werden durch die vorstehenden Bestimmungen (§§ 12–15 dieser Gebrauchsordnung) außer Kraft gesetzt.

§ 18.

Soweit nicht in vorstehendem besondere Bedingungen getroffen sind, bleiben für die Feuerbestattung die allgemeinen gesetzlichen und Verwaltungsvorschriften, insbesondere auch diejenigen der Friedhofs-Ordnung vom 20. Mai 1908, in Geltung.

Der Magistrat.

B. Gebühren-Ordnung.

I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1.

Für die Benutzung der Feuerbestattungsanlage sind — außer dem in den §§ 2–3 des Tarifs vom 7. März 1910 festgesetzten Begräbnislohn — die nachstehend festgesetzten Gebühren zu entrichten.

Falls der Verstorbene keinen Wohnsitz in Wiesbaden hatte und auch der Bestattungspflichtige einen solchen nicht hat, erhöhen sich die Gebührensätze für die Feuerbestattung um 50 Prozent.

§ 2.

Die Gebühr für die Einäscherung beträgt 30 Mark einschließlich Lieferung des dem Sarge anzuhängenden Schildes aus feuerfestem Ton und des für die Aufnahme der Asche bestimmten Metallbehälters mit Kupferstempel.

Auf Wunsch werden auch feinere Aschengefäße auf Kosten des Bestellers geliefert. (Preisverzeichnis für derartige Gefäße bei dem Friedhofsverwalter usw.)

Für die Benutzung eines der Stadtgemeinde gehörigen Ueberfarges (siehe § 4 der Gebrauchs-Ordnung) sind 5 Mark zu entrichten; für die Benutzung eines solchen in reichlicher Ausstattung 10 Mark.

III. Gebühren für die Beisetzung und für die Urnenplätze.

§ 3.

Für die Aufbewahrung eines Aschenbehälters bis zur Beisetzung ist für jede Woche nach Ablauf der 14tägigen Frist (siehe § 12 der Gebrauchs-Ordnung) eine Gebühr von 5 Mark zu entrichten.

§ 4.

Für die Beisetzung von Aschenresten in eine Urnenhalle oder eine Grabstelle ist eine Gebühr von 5 Mark für jeden Aschenrest zu entrichten (siehe § 10 des Tarifs vom 7. 3. 1910).

§ 5.

1. Preise der Urnenplätze auf dem Nordfriedhof:

Nr.	Art der Plätze	Preis für Nachzeit auf		
		30 Jahre	60 Jahre	Hallenraum
1	Innen- (Hallen) Plätze			
	a. Kammerplätze	100	150	200
	b. Beilerplätze	150	225	300
2	Außenplätze:			
	a. an der Urnenhallenwand, Wandplätze	120	160	200
	b. an der Urnenmauer	120	160	200
	Wandplätze	150	200	250
	Nischenplätze	100	150	—
3	Gangplätze			

2. Preise der Urnenkaufgrabstellen auf dem Südfriedhof:

Die Preise für die Urnenkaufgrabstellen werden in Berücksichtigung der Größenverhältnisse dieser Grabstellen (siehe § 13 der Gebrauchs-Ordnung) auf ein Viertel der für die gewöhnlichen Kaufgrabstellen gültigen Preise (siehe § 13 des Tarifs vom 7. 3. 1910) festgesetzt. (Zum Beispiel für ein Urnenkaufgrab normaler Größe an Wegen von mindestens 4 Meter Breite 300 : 4 = 75 Mark, für ein doppeltes Urnenkaufgrab in derselben Lage 300 : 2 = 150 Mark usw.)

IV. Unterhaltung der Urnengrabstellen.

§ 6.

Die Stadt übernimmt auf Antrag die Unterhaltung von Urnengrabstellen gegen eine einmalige Kapitalzahlung (siehe auch § 11 des Tarifs vom 7. 3. 1910). Die Höhe der einmaligen Kapitalzahlung wird jedoch auf die Hälfte der für die gewöhnlichen Grabstellen erforderlichen Summe herabgesetzt, soweit Urnengrabstellen von normaler oder doppelter Größe in Frage kommen. Für Urnengrabstellen von dreifacher und vierfacher Größe sind die für die gewöhnlichen Grabstellen gültigen Preise zu zahlen.

§ 7.

Der auf Grund des Stadtverordneten-Beschlusses vom 18. Februar 1910 aufgestellte Tarif für das Bestattungswesen behält auch für die Feuerbestattung Gültigkeit, soweit in vorstehendem nichts anderes bestimmt wird.

Vorstehende Änderungen treten mit Eröffnung der Feuerbestattung in Kraft.

Die Eröffnung der Feuerbestattung wird durch das Amtsblatt der Stadt Wiesbaden bekannt gegeben.

Wiesbaden, den 10. April 1912.

Der Magistrat.

p. J. Bell. Körner.

Genehmigt.

Wiesbaden, den 18. Juli 1912.

Der Regierungspräsident.

J. B.

gez. von Glöckl.

Wird veröffentlicht.

Wiesbaden, den 5. Oktober 1912.

Der Magistrat.